

WIN äußert sich zum Vorwurf von Tina Fischer, dass sich WIN anscheinend der AfD annähert.

(Ich hoffe inständig, dass man sich die Zeit nimmt, die nachfolgenden Ausführungen mal in Ruhe zu lesen.)

Nachdem die RP unsere Pressemitteilung (PM), in eine für uns sehr unbefriedigende Weise, verarbeitet hat, stellte ich unsere PM unter dem RP-Online-Artikel als Kommentar ein, damit die Leser sehen, wie das Original aussieht und was durch die Presse daraus gemacht wurde. Geschehen am 30.07.2016 um 08:07 Uhr./

Kurz danach (10:16 Uhr) äußerte sich Tina Fischer in einem Kommentar wie folgt dazu:  
„WiN scheint sich mehr und mehr der AfD anzunähern. Schade.“

Ich weiß nicht, auf welcher Faktengrundlage eine solche Meinung basiert. Wenn es der RP-Artikel ist, dann sollte man einfach mal unsere Original-PM lesen, um festzustellen, dass der Artikel mit unseren Aussagen überhaupt nicht korrespondiert. Auch ist es natürlich immer sehr einfach, auf die Schnelle eine Meinung ohne Begründung in den Raum zu werfen. Aber so ein Verhalten kenne ich in der Tat eher von der AfD.

Tina Fischer ist herzlich eingeladen, unserer WIN-Facebook-Gruppe beizutreten und an der Diskussion teilzunehmen. Immerhin lässt das von ihr verwendete Wort „Schade“ erkennen, dass die unterstellte Annäherung mit einem Bedauern verbunden ist. Insofern habe ich die Hoffnung, dass meine Ausführungen dazu beitragen, Tina Fischer und alle anderen davon zu überzeugen, dass wir uns nicht der AfD annähern.

Für WIN möchte ich eines ein für alle Mal unmissverständlich klarstellen:

WIN wird sich niemals der AfD, und in keinsten Weise der AfD Nettetal, Pediga oder irgendwelchem rechten Gesinnungen annähern! Wir sind Menschen, welche gesellschaftlich dem Bildungsbürgertum zuzurechnen sind. Mit rechtem Gedankengut, in welcher Form auch immer, haben wir/WIN **n i c h t s** zu tun!

Das heißt aber nicht, dass wir jedes Mal schauen, wie wohl die AfD abstimmt wird, um dann möglicherweise genau anders abzustimmen. Würden wir uns so verhalten, würden wir uns vom Verhalten der AfD beeinflussen lassen. WIN ist eine unabhängige Wählergemeinschaft und lässt sich nicht von einer Fraktion, die wir ablehnen, in irgendeiner Form beeinflussen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass die meisten Beschlüsse im Rat (schätzungsweise um die 90 %) einstimmig erfolgen. Dies geschieht nicht, weil die Kommunalpolitiker alles „abnicken“, sondern aufgrund von gebotenen Handlungsnotwendigkeiten, insbesondere in Anbricht der zunehmend verschlechterten finanziellen Ausgangssituation. Meines Wissen hat sich das strukturelle Defizit von ca. 2 Mio. € pro Jahr (!! ) noch nicht in Luft aufgelöst.

Auch heißt die Ablehnung von jeglichem rechtem Gedankengut und den Parteien, die sich dies direkt oder indirekt zu Eigen machen, nicht, dass eigenständiges und kritisches Denken immer dann verboten ist, sobald eine städtische Problematik in irgendeiner Form „Flüchtlinge“ betrifft. Die Polarisierung, Stimmungsmache und Emotionalität, die in dieser gesellschaftlichen Frage besteht, lehnen wir ab! Sie führen zur Spaltung der Gesellschaft!

Es geht darum, im Rahmen unserer Zuständigkeit und Verantwortlichkeit, als im Rat der Stadt Nettetal vertretene, viertgrößte politische Kraft, für die komplexen Probleme mit kühlem Kopf

jenseits aller Stimmungsmache und Emotionalität sachlich fundierte Lösungen zu finden, die allen gerecht werden.

Daher erläutere ich, was in der letzten Zeit passiert ist:

Anfang April gab es Ratsbeschlüsse zu den Themen „Schaffung weiterer Einrichtung zur Unterbringung von Asylbewerbern für mehr als 50 Personen“ und „Vertragliche Regelungen im Bezug auf potentielle Unterbringungseinrichtungen“. Bei dem letzten nicht-öffentlichen Punkt ging es um die monatlichen Mieten und die finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt. Anhand des - öffentlichen - Haushaltsentwurfs 2017 gehe ich auf diesen Punkt später ein.

2015 hatten wir (WIN) für die Anmietung der Gemeinschaftsunterkünfte Herrenpfad 38 (Unterbringungskapazität: bis zu 78 Menschen), Industriestr. 10 (bis zu 14 Menschen) und Bahnhofstr. 9 (bis zu 59 Menschen) gestimmt.

In der Sondersitzung des Rates im April diesen Jahres haben wir für die Anmietung der Gemeinschaftsunterkünfte Leutherheide 12 („Der Leutherheider“; Unterbringungskapazität: bis zu 35 Menschen) und Lötcher Weg 108 (bis 100 Menschen) gestimmt. Damit haben wir insgesamt für die Anmietung von externen Wohnraum für 286 Menschen aus Krisengebieten in den Jahren 2015 und 2016 gestimmt.

Des Weiteren gibt es noch vorangegangenen Anmietungen, städtische Gebäude, noch ein im Bau befindlichen Gebäude und eine Anmietung durch die Baugesellschaft. Zum Sachstand für die Unterkünfte und Unterbringung der Asylbewerber in Nettetal verweise ich auf die von uns eingestellte Power-Point-Präsentation aus der letzten Ratssitzung.

Nur der Anmietung des „Kneppenhofes“ (geplante Unterbringungskapazität: bis zu 120 Menschen) haben wir nicht zugestimmt, weil wir die Notwendigkeit der Anmietung und der damit verbundenen hohen Kosten nach wie vor nicht sehen.

Im Produkt „050302 – Unterbringung Asylbewerber“ des Haushaltsentwurfs 2017, Seite 279 ist unter der lfd. Nr. 5422 zu sehen, dass 2015 für die Anmietung von nicht-städtischen Unterkünften 132.422 € ausgegeben worden sind. Die Planzahlen 2017 sind wahrheitsgemäß und möglichst genau unter Einbeziehung der vorliegenden Informationen einzustellen. Für 2017 ist der Planansatz 570.000 €! Er liegt also gut 438.000 € über den tatsächlichen Kosten von 2015. Wenn man diesen Planansatz sieht, kann man sich denken, dass die Notwendigkeit einer Ausgabe bzw. einer Anmietung aufgrund des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit immer besonders in den Blick zu nehmen ist. Ausgaben dürfen nur soweit sachlich unumgänglich und zeitlich nicht eher geleistet werden als dies notwendig ist. Da wir schon genügend Unterbringungsmöglichkeiten angemietet hatten, war die Anmietung weiterer Räumlichkeiten im April nicht notwendig.

In fast der gleichen Zeit, in der die Räumlichkeiten letztlich komplett zur Verfügung stehen werden, hätten wir nach unserer Auffassung auch selber bauen können, so wie es auf dem Caudebec-Ring oder - über die Baugesellschaft – an der Breslauer Straße umgesetzt wurde.

Die Beschlüsse in der Sondersitzung des Rates waren mit viel Hektik verbunden, welche wir ebenfalls ablehnen. Wenn man der Meinung gewesen wäre, dass man die Gemeinschaftsunterkunft „Kneppenhof“ anmieten wolle, wäre es dafür auch in der ordentlichen Ratssitzung am 03.05. oder am 05.07.2016 nicht zu spät gewesen. Auch hätte man jederzeit ohne Ratssitzung, beispielsweise in den Ferien, im Rahmen einer Dringlichkeit entscheiden können. Hektik bringt oft mit sich, dass man relevante Probleme übersieht.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass wir zur Zeit keine Gemeinschaftsunterkünfte mehr anzumieten brauchen. In 59 Tagen steht uns ein leerstehendes, städtisches Gebäude mit einer Unterbringungskapazität von bis zu 200 Menschen als Pufferunterbringung zur Verfügung. Im Übrigen würde WIN es begrüßen, wenn die Menschen dezentral, statt zentral untergebracht würden, damit Integration auch wirklich gelingen kann.

Unsere Ablehnung der Anmietung des „Kneppenhofes“ heißt nicht, dass wir das St. Florians-Prinzip unterstützen oder dass wir Hinsbeck-Glabbach wegen seiner bescheidenen verkehrlichen Anbindung für nicht geeignet halten. WIN steht für eine sozialräumliche Verteilung der Asylsuchenden und Kriegsflüchtlinge in ganz Nettetal. Wenn wir weiteren Bedarf hätten, das Gebäude geeignet und wirtschaftlich darstellbar ist, wären wir auch für eine Unterbringung in einer Sektion. Hinsbeck-Glabbach ist, wie jeder andere Nettetaler Stadtteil oder Sektion, für uns ein grundsätzlich geeigneter Standort, Asylsuchende und Flüchtlinge unterzubringen.

Unserer Pressemitteilung war vorausgegangen, dass die „Interessengemeinschaft Glabbacher Einwohner i.S. Großunterkunft für Asylbewerber Kneppenhof“ (IG) mit Schreiben vom 16.07.2016 alle im Rat vertretenen Fraktionen angeschrieben hat. Es heißt in dem Schreiben: „Sie als Ratsmitglieder wurden gewählt, um die Interessen der Bürger zu vertreten und der Verwaltung auf die Finger zu sehen. Dieser Verpflichtung sind Sie, nach unserer Erkenntnis, noch nicht nachgekommen.“

Einen solchen Vorwurf lassen gerade wir (WIN) nicht auf uns sitzen. Also haben wir kurzfristig einen Termin mit der IG ausgemacht, das Gespräch gesucht, uns die Ärgernisse und Sorgen der Anwohner angehört. Wir versprochen, die für uns nachvollziehbaren Punkte in Form einer Anfrage dem Bürgermeister vorzulegen. Eine Wertung nahmen wir nicht vor. Außerdem haben wir die Baustelle, fast vier Monate nach der letzten Inaugenscheinnahme, von Außen in den Blick genommen. Ferner einen Rundgang durch Glabbach gemacht (es gibt vielleicht auch noch andere Punkte, die für die Menschen dort von Bedeutung sind) und uns abschließend u.a. mit Herrn Hans Bloemen über die „Stadle-Hütten-Problematik“ unterhalten.

Eigentlich ist unser Einsatz lobenswert, warum wir deswegen jedoch mit dem Vorwurf der vermeintlichen AfD-Annäherung konfrontiert werden, ist für uns nicht nachvollziehbar. Bleiben wir untätig, ist es falsch, werden wir tätig ist es auch falsch. Mit solchen Äußerungen, wie von Frau Tina Fischer, bewirkt man, dass kommunalpolitisches, ehrenamtliches Engagement nicht gerade gefördert wird.

Nehmen wir mal an, im Kneppenhof würden keine Flüchtlinge, sondern junge deutsche Familie untergebracht, insgesamt eine Schaffung von Wohnraum für 120 Menschen. Würde sich Art und Maß einer solchen Nutzung in dem dort vorliegenden gültigen Bebauungsplan Hi-189 „Glabbach“ (siehe die dazu eingestellten Dateien Bebauungsplan und Begründung) einfügen? Wenn dafür eine Gaststätte umgebaut werden würde, bräuchte man dann keine Nutzungsänderung? Dürfte man dann die Umbauarbeiten auch sonntags von einem Unternehmen vornehmen lassen?

Alleine diese drei Fragen zeigen, dass die aufgeworfenen Fragen u n a b h ä n g i g davon sind, welche Personengruppe im Kneppenhof untergebracht werden soll.

Deswegen empfinde ich persönlich eine undifferenziert Meinung, die uns in die Nähe der AfD rückt, schon fast ehrverletzend. Ich hoffe, mit meine Ausführungen für WIN klargestellt zu haben, dass wir/WIN mit der AfD oder rechtem Gedankengut, in welcher Form auch immer, n i c h t s zu tun haben!

Ich weiß wohl, dass Seitens unsere politischen Gegner gerne versucht wird, uns in diese Ecke zu drängen. Die in Bezug auf uns, oft unsachliche und falsche Berichterstattungen in der Rheinischen Post unterstützen solche Bestrebungen. Wir werden gegen diese falschen Darstellungen über WIN mit allen Mitteln vorgehen.